

Antrag

der Abgeordneten Britta Katharina Dassler, Stephan Thomae, Reginald Hanke, Dr. Marcel Klinge, Renata Alt, Nicole Bauer, Jens Beeck, Dr. Marco Buschmann, Hartmut Ebbing, Dr. Marcus Faber, Daniel Föst, Thomas Hacker, Peter Heidt, Katja Hessel, Reinhard Houben, Dr. Christian Jung, Karsten Klein, Carina Konrad, Roman Müller-Böhm, Dr. Martin Neumann, Matthias Nölke, Matthias Seestern-Pauly, Frank Sitta, Dr. Hermann Otto Solms, Katja Suding, Michael Theurer, Dr. Florian Toncar und der Fraktion der FDP

Erhalt des Landesstützpunktes Schwimmen in Erlangen – Aufarbeitung des Entscheidungsprozesses und Herstellung von Transparenz für alle Betroffenen

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Bayerische Schwimmverband (BSV) hat in Sommer 2020 entschieden, den Landesstützpunkt Schwimmen in Erlangen zu schließen. Diese Entscheidung ist nicht in einem gemeinsam mit allen Stakeholdern vereinbarten Prozess getroffen worden, sondern die betroffenen Sportler/-innen, Trainer und Sportvereine wurden vor vollendete Tatsachen gestellt, auch der Deutsche Schwimm-Verband e.V. wurde nicht einbezogen.

Der Landesstützpunkt Schwimmen kann auf mehr als 25 Jahre erfolgreiche Sportförderung in Erlangen zurückblicken und ist entsprechend stark regional verankert. Eine Schließung ohne ein offenes, transparentes Verfahren, bei dem die interessierte Öffentlichkeit Argumente und Abwägungen nachvollziehen kann, entspricht nicht mehr den heutigen Ansprüchen an zivilgesellschaftliche Akteure.

Eine zielgerichtete Nachwuchsförderung von Bundes- und Landeskadern basiert auf einem gut strukturierten Bundes- und Landesstützpunktsystem, um die fachlich-inhaltlichen Zielstellungen umzusetzen. Die Schließung eines Landesstützpunktes hat somit direkte Auswirkung auf das bundesweite Förderungssystem im Schwimmen. Der Deutsche Schwimm-Verband e.V. erklärte: „Die Aufgabe eines funktionierenden Stützpunktes stellt sowohl auf der Bundes-, als auch auf der Landesebene eine Schwächung für die Entwicklungsprozesse einer Sportart dar.“¹

¹ eMail-Schreiben vom 6. August 2020 durch RW& Press im Auftrag des Deutschen Schwimm-Verbands e. V. an MdB Britta Dassler.

Die fehlende Stakeholderbeteiligung und die festzustellende Verfahrensintransparenz haben zu Verunsicherungen bei den Sportler/-innen geführt, welche negative Auswirkungen auf die Wettkampfleistungen bei nationalen und internationalen Wettbewerben befürchten lassen.

Die Bundesregierung wird gebeten, mit dem Deutschen Schwimm-Verband e. V. Gespräche aufzunehmen, um die Entwicklungen und ihre Auswirkungen auf den Deutschen Schwimmsport zu bewerten. Darüber hinaus sollen mit der Landesregierung und BSV die Auswirkungen auf das strukturierte Bundes- und Landesstützpunktsystem besprochen werden mit dem Ziel,

1. das Verfahren in Erlangen wieder zu öffnen, eine Transparenz bei anstehenden Entscheidungsprozessen herzustellen und alle Stakeholder zu beteiligen,
2. den jahrzehntelang erfolgreichen Schwimm-Standort Erlangen im Verbund mit Sportförderereinrichtungen in Nürnberg zu erhalten und fortzuentwickeln.

Berlin, den 8. September 2020

Christian Lindner und Fraktion